Hamburjer Echo.

Das „Hamburjer Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis durch die Post bezogen ohne Einlegegeld monatlich 2,10, vierteljährlich 5,00, durch die Kolportage wöchentlich 50 Pf. frei im Haus. Einzelnummer mit „Neue Welt“ 10 Pf. bei den Streifenhändlern 10 Pf., Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 Pf. Streifenabonnements monatlich 2,70, für das Ausland monatlich 4.—.

Redaktion: **Hamburg 36.** Expedition: **Hamburg 36.**
 Behlendorfstraße 11, 1. Etod. Behlendorfstraße 11, Erdgesch.

Verantwortlicher Redakteur: **Karl Petersen in Hamburg.**

Anzeigen die achtspaltige Zeitschrift über deren Raum 45 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 A. Anzeigenannahme Behlendorfstr. 11, Erdgesch. (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Nach- und Datenverordnungen ohne Verbindlichkeit. Reflektoren in redaktionellen Text werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung: Erdgesch., Buchdruckerei-Station: 1. Etod. Behlendorfstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amalstraße, bei Franz Wülfberger, Amnenstr. 17. Gimsbittel, Vangensfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hohenfelde, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Melbörferstr. 8. Varmbeek, Uhlenhorst bei Theodor Peterer, Heinrich Herstr. 145. Nord-Varmbeek bei Robert Vitz, Poppenhufenstr. 18. Hohenfelde, Vargelde, Gamm, Horn, Schiffsdorf und Billwärder bei Carl Oetel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Kusschlag bei Rud. Fuhrmann, Silberkath. 18. Notenburgort und Veddel bei Fr. Silbner, Wilsb. Wöhrndamm 213 a, Schpt. Wilhelmshafen bei S. Dellerich, Fährstr. 59, 1. Etod. Wandsbek, Gimsbittel und Eppendorf bei Franz Krüger, Kurze Reihe 24. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottenhof, Vahrenfeld bei Franz Rofe, Friedensallee 46.

Die Stellung der Mehrheit und der Minderheit zur Kriegsfrage.

II.

Wenn man die jetzige Haltung der Minderheit richtig beurteilen will, so muß man sich immer gegenwärtig halten, daß bei Kriegsbeginn die Fraktion fast einhellig ihre Stellung zum Kriege festgelegt hat und nur eine kleine Gruppe (14 Mitglieder) sich dazu in Gegensatz setzte, aber auch nur in den Fraktionsberatungen. Im Plenum stimmte die Fraktion geschlossen für die ersten Kriegskredite. Wenn nach und nach eine größere Zahl der Fraktionsmitglieder ihre Auffassung geändert hat und die Gegenfrage sich verschärft haben, daß die Extremen es jetzt bis zur Sprengung der Fraktion getrieben haben, so ist es notwendig, den Motiven nachzugehen, die zu dieser veränderten Stellungnahme geführt haben. Festgestellt muß dabei zunächst werden, daß es — abgesehen von den 14 Dissidenten vom August 1914 — die Minderheit ist, die ihre Meinung gewechselt hat. Wer aber nacheinander zwei verschiedene Auffassungen vertreten hat, der muß sich wenigstens einmal geirrt haben; er kann nicht darauf pochen, daß seine jüngste Meinung die richtige sei, und darf nicht Vorwürfe gegen diejenigen erheben, deren Auffassung er erst geteilt hat. Nun kann freilich ein Auffassungswechsel, zumal in Fragen taktischen Vorgehens, an sich sehr wohl berechtigt sein, wenn die Situation sich derart verändert hat, daß sich auch eine Änderung des Vorgehens als notwendig erweist. Hier würde es sich um eine Änderung des Tatbestandes handeln und wer seinen Meinungswechsel darauf stützen will, hat zu beweisen, daß in dem vorliegenden Tatsachenkomplex eine entscheidende Änderung eingetreten ist.

Ein Versuch solchen Beweises ist auch von Vertretern der Minderheit mehrfach gemacht worden, jedoch ohne daß er gelungen wäre oder hätte gelingen können, weil dem die im ersten Artikel geschilderte Sachlage und deren Entwicklung während des Krieges unbedingt entgegensteht. Wenigstens für jeden, der sich bemüht, ein unbefangenes Urteil über die Ereignisse zu gewinnen. Daran hat es aber bei der Minderheit fast vollständig gefehlt. Ihre altfassen Elemente waren von vornherein in der Opposition, und zwar aus sogenannten grundsätzlichen Erwägungen. Die prinzipiell kriegsgegnerrische Stellung der Sozialdemokratie sollte für diese die Pflicht bedeuten, auch während des Krieges den Krieg als solchen zu bekämpfen und darum auch die Bewilligung der Kriegskredite zu verweigern. Das stimmt, wie wir schon sagten, absolut nicht zusammen mit der Anerkennung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung, und man ist geneigt, anzunehmen, daß jene sich zwar schmeitern, für Sozialdemokraten diese Pflicht zu verneinen, daß sie aber die Konsequenz von deren Anerkennung nicht ziehen wollten. Daß sie sich der Unlogik solchen Verhaltens nicht bewußt gewesen seien, kann nur annehmen, wer sie für denkunfähig hält. Somit kann es der Minderheit auch nicht eingangen sein, daß das von ihr geforderte Verhalten der Fraktion für den Verlauf des Krieges von den verhängnisvollsten Folgen hätte sein können. Wer nicht aus sich selbst dieses Bewußtsein schöpfen konnte, der hätte es sich aus den langen Auseinandersetzungen in der Fraktion aneignen können.

Der Weltkrieg hatte einen Notstand geschaffen, eine Gefahr von nie dagewesener Größe. Alle aus dieser Situation geborenen Handlungen waren Notstands-handlungen, bei denen nur der unmittelbare Zweck und die unmittelbare Wirkung entscheidend sein können. Läßt sich die Welt schon in normalen Zeiten nicht allein mit schönen Grundgesetzen und Resolutionen regieren, so noch weniger in derart katastrophalen Epochen, wie sie der Weltkrieg hervorgerufen hat. Nach der Behauptung der Minderheit soll im Verhalten der Mehrheit eine Verletzung der Parteigrundsätze liegen. Wäre dem so, so würde die unerhört gefährliche Situation auch das rechtfertigen, denn die Grundbedingung für alle weitere Entwicklung, im besonderen für den Aufstieg der Arbeiterklasse, ist die Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des eigenen Landes und die Sicherung seiner Kulturentwicklung. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß überhaupt einmal die Grundgesetze der Sozialdemokratie zur Geltung kommen können.

Diese Grundgesetze sind aber tatsächlich durch die Politik der Mehrheit durchaus nicht verletzt. Die Schöpfer dieser Grundgesetze und die bewährtesten Führer der Partei haben, trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerhaltung gegen jeden Krieg, stets mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet und anerkannt, daß in solchen Fällen die Arbeiter für die Existenz ihrer Nation als die Grundlage ihrer eigenen Klassenentwicklung zu kämpfen haben. Auch das sozialdemokratische Parteiprogramm rechnet mit der Möglichkeit des Krieges und will in solchen Fällen das eigene Volk nicht wehrlos machen, sondern die Wehrhaftigkeit für den Ernstfall bis zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickeln. Der Kampf gegen den Militarismus, den die deutsche Sozialdemokratie mit so großer Entschiedenheit geführt hat, hatte nichts weniger im Auge als die Wehrlosmachung des eigenen Volkes; er richtete sich nur gegen das System, wollte aber die Wehrhaftigkeit noch auf eine höhere Stufe heben. Warum? Weil sich auch die Sozialdemokratie

dessen bewußt war, daß die Menschheit — auch nicht einmal die europäische — noch nicht vor dem ewigen Frieden steht und die europäische Kultur sich noch kämpfend gegen ihre Verdränger wehren muß. Die Wehrhaftigkeit zur Verteidigung des eigenen Landes und der mit ihm verbundenen Interessen der Arbeiterklasse ist also keine Verletzung der Parteigrundsätze. Die solchen Vorwurf gegen die Mehrheit erheben, beweisen damit nur, daß sie ihre eigene Zeit und deren unabweisbaren Bedürfnisse nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, um Interessen zu dienen, die in Zeiten äußerster Gefahr nicht diejenigen der Arbeiterklasse sein können. Höchster Grundsatz der Sozialdemokratie ist die Wahrheit und Förderung der Interessen der Arbeiterklasse, die Sicherung ihrer Existenz und der Möglichkeit ihrer weiteren Aufwärtsentwicklung. Vor dieser Notwendigkeit hat in der Zeit schwerster Gefährdung dieser Interessen alles andere zu schweigen. Von dieser Erkenntnis hat die Mehrheit ihr Handeln bestimmen lassen.

Wie also durch das Verhalten der Mehrheit Parteigrundsätze nicht verletzt worden sind, so auch nicht Parteitagsschlüsse. Der Vorwurf, daß letzteres geschehen sei, beruht sich besonders auf die Parteitagsschlüsse gegen die Budgetbewilligung. Daß diese Beschlüsse nicht für die ganz den Normalen entrichteten Zeiten des Krieges gefaßt sein können, liegt für jeden Verständigen auf der Hand. Man braucht sich nur zu erinnern, daß diese Beschlüsse schon für Friedenszeiten Ausnahmen zulassen mußten, weil man sich nicht verhehlen konnte, daß Verhältnisse eintreten könnten, unter denen die Ablehnung des Budgets Schädigungen der Arbeiterklasse im Gefolge haben würde. Die Zustimmung ist zugelassen für den Fall, daß sonst ein für die Arbeiterklasse ungünstigeres Budget zur Annahme kommen werde. Das heißt: Um die Arbeiter davor zu bewahren, einige Groschen mehr an Steuern bezahlen zu müssen, ist die Budgetbewilligung erlaubt; aber jetzt, wo die ganze Existenz der Arbeiterklasse und noch viel mehr auf dem Spiel steht, soll die Bewilligung nicht gestattet sein! Welch eine Verkennung des ungeheuren Ernstes unserer Zeit!

Aber auch das können sich diejenigen Mitglieder der Minderheit mit einem Schein von „Konsequenz“ leisten, die von vornherein in der Opposition waren. Wie steht es jedoch mit denen, die nach dem 4. August in die Mehrheit kamen? Wenn die Bewilligung der Kredite gegen Parteitagsschlüsse verstoßen würde, dann am 4. August 1914 genau so wie jetzt. Dann haben sich die Mitglieder der Minderheit ebenso des Verdachtes dagegen schuldig gemacht, wie die der Mehrheit, denn auch jene haben dafür gestimmt. Und was soll man zu denen sagen, die im vorigen Jahre zwar nicht das Ganze, wohl aber die Hälfte der neuen Kreditforderungen von zehn Milliarden bewilligen wollten? Wo bleibt da der Grundsatz? Wird er gerettet, wenn man nur in kleineren Proportionen sündigt? Und soll man eine Forderung, deren Notwendigkeit man anerkennt, deshalb nicht bewilligen, weil es in das Budget eingestellt ist? Das kann nur verlangen, wer sich eine für ganz andere Verhältnisse bestimmte Resolution als Brett vor den Kopf bindet, um die Dinge nicht zu sehen, wie sie sind. Das zeigt aber auch die ganze Unhaltbarkeit der Auffassung, die die Budgetablehnung zum Prinzip stempelt und sich damit selbst fesseln anlegt, die in Zeiten der Not doch gerissen werden müssen. Daraus ergibt sich aber weiter, daß die Auffassung der Budgetbewilligung als eines Vertrauensvotums für die Regierung eine nicht mehr haltbare ist. Die Mehrheit der Fraktion hat bei mehrfacher Gelegenheit sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß weder die Bewilligung der Kriegskredite noch des Budgets ein Vertrauensvotum für die Regierung sein solle oder sein könne. Die Bewilligung erfolgte lediglich, um im Kriege die Volksinteressen zu wahren, die eine entschiedene Abwehr der Feinde erheischen.

Wären noch die „tatsächlichen“ Gründe für das Abschwenken eines Teiles der Minderheit von der Mehrheit. Dieser Teil der Minderheit will zuerst für die Kriegskredite gestimmt haben, weil der Krieg ein Verteidigungskrieg war, aber jetzt angeblich zum Eroberungskrieg geworden sei. Man schöpft diese Auffassung aus den Annerionsbestrebungen gewisser bürgerlicher Kreise, auf die wir hier des näheren nicht eingehen können, weil das auf das noch verbotene Gebiet der Kriegsjournalisterei führen würde. Die Minderheit nimmt auch an, daß die Regierung diese weitgehenden Annerionsbestrebungen unterfünge, hat aber bisher nicht den geringsten Beweis dafür erbringen können. Der am Schluß unseres ersten Artikels zitierte Passus der Reichskanzlerrede steht der Annahme ziemlich deutlich entgegen. Näheres läßt sich auch darüber heute nicht sagen. Daß die Friedensbedingungen von dem Ausgang des Krieges oder doch vom Stand der Dinge an dem Zeitpunkt, wo auch den Lenkern der feindlichen Staaten klar wird, daß es Zeit zum Friedensschluß ist, abhängen werden, ist selbstverständlich. Eine einfache Rückkehr zu den Zuständen, wie sie vor dem Kriege waren, halten wir dabei für ausgeschlossen. Leider muß immer wieder konstatiert

werden, daß der Friede heute noch nicht zu haben ist, weil die Gegner nicht wollen. Die gegenteilige Behauptung der Minderheit entbehrt jeder stichhaltigen Grundlage.

Die gegenwärtig vorliegenden Tatsachen rechtfertigen somit auch keineswegs das Ueberlaufen eines Teiles der Mehrheit zur Minderheit. Dieser Teil der Minderheit täuscht sich selbst oder hat sich täuschen lassen von denen, die von vornherein gegen die Stellung der Mehrheit waren. Dem eigenen Urteil der Ueberläufer stellt das freilich kein günstiges Zeugnis aus. Auch nicht der Selbstständigkeit ihrer eigenen Meinung gegenüber Anschuldigungen aus den Reihen ihrer Organisationen. Die letzteren lassen sich ja unschwer erklären aus den schwer drückenden Umständen des Krieges besonders für die proletarischen Schichten des Volkes. Verzweiflung und Not machen die Betroffenen mißmutig und unwirksam. Der Mangel an genügend tiefem Einblick in den Zusammenhang der Dinge führt dann zu der Meinung, daß durch möglichst scharfe Opposition eine Besserung herbeigeführt werden könne oder daß man wenigstens dadurch der Stimmung in den Massen Ausdruck geben müsse. Von der „grundsätzlichen“ Minderheit ist diese Stimmung auch in der rücksichtslosen Weise zur Verhütung der Genossen im Lande gegen die Mehrheit ausgenutzt worden, indem man der Mehrheit die Mitschuld an dem Kriegsnostand beimaß, obwohl man weiß, daß diese alles, was in ihren Kräften stand, getan hat, die Not lindern zu helfen. Sie hat auch mit scharfer Kritik dort eingegriffen, wo Fehler in der Lebensmittelpolitik und auch auf anderen Gebieten begangen waren, und hat dadurch manches gebessert. Zur Politik der Abstinenz oder der absoluten Opposition konnte und durfte die Mehrheit nicht übergehen, wollte sie nicht jehenden Auges die Verhältnisse noch verschlimmern. Der von der Mehrheit zur Minderheit übergegangene Teil der Fraktion hat sich von der an sich verständlichen Mißstimmung offenbar sehr stark beeinflussen lassen.

Der extreme Teil der Fraktionsopposition, der nun ausgehoben ist, hat jedoch nicht unter dem Einfluß dieser Stimmung gestanden, sondern geholfen, sie hervorzuheben und zu verschärfen. Je mehr er erkannte, daß trotz der zahlreichen Ueberläufer die Mehrheit in der Fraktion auf ihrem einzig verständigen Standpunkt beharrte, desto giftiger wurden die Angriffe in der Fraktion und in den Organisationen. Die Aussage des Burgfriedens und die Aufnahme des Klassenkampfes in der schärfsten Form wurde zur Parole gemacht und, da sie in der Fraktion keine Mehrheit fand, so mußte die Fraktion gesprengt werden, um ihrer Desperadopolitik Spielraum zu verschaffen. Daß damit für die Arbeiterklasse etwas gewonnen werden könne, kann nur heillose Verblendung annehmen.

Diese Verblendung wurzelt in noch anderen Erwägungen, die sich aus dem Zusammenbruch der internationalen Lage ergeben. Dieses verhängnisvolle Ergebnis des Krieges hat zweifellos alle Sozialdemokraten, die Mehrheit sicher nicht weniger als die Minderheit, tief schmerzlich berührt. Damit sind Hoffnungen zusammengebrochen, an die unser aller Herz hing, in deren Erfüllung sich das Schicksal der Arbeiterklasse nach Freiheit und vollberechtigtem Kulturanspruch erfüllen sollte. Für diesen Zusammenbruch trägt weder die deutsche Sozialdemokratie noch die der andern Länder die Schuld. Die Internationale, die den Krieg nicht verhindern konnte, mußte das Opfer dieses Krieges werden. Wir alle haben vor dem Kriege ihre Macht überschätzt. Der internationale Zusammenbruch der Proletarier auf Grund der gleichen sozialistischen Ueberzeugung konnte ihre eigene Kraft und ihr Kraftgefühl stärken, konnte aber nicht schon den Wachstumsfaktor schaffen, der stark genug war, der Welt Gesetze vorzuschreiben, solange noch in allen Staaten, auch in denen mit der stärksten Arbeiterbewegung, die sozialistischen Arbeiter nur eine Minderheit waren. Noch in allen Staaten ist die Macht in den Händen der Besitzenden; sie entscheiden in erster Linie die Geschicke des Staates.

Diese Tatsache anzuerkennen, wird anscheinend den Anhängern der extremen Minderheit sehr schwer. Die weitere Tatsache, daß in Frankreich und in England die Arbeiter und auch die Sozialisten sich genau so wie in Deutschland auf der Seite ihres Landes gestellt haben, war für manche Genossen eine erschütternde Ueberraschung. Sie liefern den Beweis, daß jene sich des unlöslichen engen Zusammenhangs des Arbeiters mit seiner Nation nicht bewußt gewesen sind, der Tatsache, daß das Schicksal der Arbeiterklasse jedes Landes unlöslich verknüpft bleibt mit dem Schicksal des eigenen Landes und Volkes. Den französischen Sozialisten ist das offenbar noch viel weniger zum Bewußtsein gekommen; sie fühlen sich zwar selbst mit ihrer eigenen Nation aufs engste verbunden, machen es aber der deutschen Sozialdemokratie zum bittersten Vorwurf, daß sie ebenfalls für die Unabhängigkeit ihres Landes mitkämpft, und man mag es, uns gar dafür strafen zu wollen.

Daß die französischen Genossen sich von den Lügenaposteln ihrer eigenen Regierung haben einsparen lassen und wirklich zu glauben scheinen, Deutschland habe den Krieg frivol begonnen, um die Hegemonie über ganz Europa zu gewinnen, das mag ihnen als Milderungsgrund angerechnet werden. Aber es gibt ihnen kein Recht, uns zu beschimpfen, denn die deutsche Sozialdemokratie kann mit gutem Gewissen von sich sagen, mehr als andere innerhalb der Internationale ihre volle Schuldigkeit getan zu haben. Um so weniger Ursache haben wir, uns um Bräutigamsjungern der Internationale machen zu lassen.

In der Minderheit der Fraktion zog man aber aus dieser Situation andere Schlüsse. Einigen ihrer Mitglieder und Freunde ist der Zusammenbruch der Internationale der Zusammenbruch ihres Lebenswertes. Sie sind dadurch völlig aus dem seelischen und politischen Gleichgewicht gebracht worden und ihr einziges Sehnen, ihre einzige Hoffnung ist, die alten Fäden möglichst schnell wieder anzuknüpfen. Wer vor seinem eigenen Gewissen beruhigt sich sagen kann, nichts Unrechtes getan, sondern gehandelt zu haben, wie die Stunde es gebot, der kann es auch mit Ruhe ertragen, wenn die ändern ihn schmähen und auch nur den Versuch der Verständigung verweigern. Er kann es ertragen in der festen Ueberzeugung, daß die zukünftige Entwicklung der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern sie zu gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen wieder zusammenführen muß. In dieser Lage befindet sich die Mehrheit. Die Minderheit aber, die das Gebot der Stunde falsch aufgefaßt hat, weil sie sich nicht zu der Notwendigkeit bekennen wollte, in der Stunde der höchsten Gefahr entschlossen und rücksichtslos auf die Seite des eigenen Volkes zu treten — diese Minderheit suchte nach einem Mittel, sich in den Augen der ausländischen Sozialisten zu rehabilitieren, und glaubte, zunächst in der Krediterweigerung das Mittel gefunden zu haben. Schließlich ging man weiter und opferte die Einheit der deutschen Sozialdemokratie dem Phantome, sich jetzt im Kriege die Billigung der ausländischen Sozialisten zu erwerben. Das Echo, das die Sprengungsaktion der Naase-Gruppe bei den französischen Sozialisten gemocht hat, könnte geeignet sein, ihr die Augen über die verdrücklichen Wirkungen ihres Vorgehens zu öffnen, wenn sie überhaupt noch belehrbar wäre und sich nicht in den Wahn verannt hätte, der Partei eine neue Kriegstatistik aufzuzwingen zu müssen, für die sie die Mehrheit im Lande zu gewinnen hofft, indem sie die Partei auseinandersprengt.

Die Interessen der Arbeiterklasse können dadurch nur in der schwersten Weise gefährdet, aber nicht gefördert werden. Diese Ueberzeugung wird, so hoffen wir, auch bei der großen Masse der Parteigenossen vorfertigen und sie wird die Pläne der Parteizersplitterer zuschanden machen.

Ämtliche Kriegsberichte.

Dorf Malancourt nebst Verteidigungsanlagen im Sturm genommen.

Ämtl. B.Z. Großes Hauptquartier, 31. März 1916.
 Weltlicher Kriegsschauplatz.
 In vielen Abschnitten der Front lebte die beiderseitige Artilleriekämpfe während des klaren Tages merklich auf. Westlich der Maas wurde das Dorf Malancourt und die beiderseits anschließenden französischen Verteidigungsanlagen im Sturm genommen; sechs Offiziere und 322 Mann sind unverwundet in unsere Hand gefallen.
 Auf dem Ostufer ist die Lage unverändert; an den französischen Gräben südlich der Feste Donamont entspannen sich kurze Nahkämpfe.
 Die Engländer bühnen in Luftkämpfen in der Gegend von Arras und Bapaume drei Doppeldeder ein, zwei von ihnen zusehen sind tot. Leutnant Immanuel hat dabei sein dreizehntes feindliches Flugzeug abgeschossen.
 Deftlicher Kriegsschauplatz.
 Die Russen beschränkten sich auch gestern auf starke Beschichtung unserer Stellungen an den bisher angegriffenen Fronten.
 Balkan-Kriegsschauplatz.
 Die Lage ist unverändert.
 Oberste Seeresleitung.
 Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.
 B.Z. Wien, 31. März. Ämtl.
 Russischer und südbaltischer Kriegsschauplatz.
 Nichts Neues.
 Italienischer Kriegsschauplatz.
 Infolge der ungünstigen Witterung trat eine Kampfpause ein.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Söfer, Feldmarschallleutnant.